

Wir schließen uns den Dankesworten unserer VorrednerInnen an. Zusätzlich danken wir Kollegin Pfister¹ für ihre klare Analyse des kommunalfeindlichen Bundespolitik. Wir danken auch Herrn Kittel² für seine interessanten Koalitionsvorschläge³. Ein Vorredner dankte der Wirtschaft für die hohen Einnahmen der Einkommenssteuer. Dazu ist zu sagen: Das Einkommen ist gestiegen, weil Gewerkschaften dafür gestreikt haben, und dafür gebührt ihnen unser Dank!

Wir hatten zwei kleine Erfolge: Die weitere Förderung der katholischen Arbeitslosenberatung und der „Begleiter“. Sonst wurden alle Anträge abgelehnt. Für uns ein Zeichen, dass es den großen Parteien nicht um die Sache ging, sondern darum, Anträge der Linken aus Prinzip abzulehnen.

Beispielhaft für abgelehnte Anträge beantragen wir heute noch einmal neu:

- Die Erhöhung der Gewerbesteuer auf den vom Nürnberger Kämmerer vorgeschlagenen Satz. Das neue Finanzloch zeigt, dass wir kein Ausgaben-, sondern ein Einnahmenproblem haben. Eine gemeinsame Industrieregion braucht einen einheitlichen Gewerbesteuersatz statt Unterbietungswettbewerb. An die Adresse der KollegInnen Assmus⁴ und Kittel: Unser Antrag bedeutet 4 Millionen Schulden weniger!
- Einheitliche Ermäßigung 50% beim Erlangen-Pass einschließlich Schwimmbäder und Buskarten: Antrag für das Arbeitsprogramm des Sozialamtes, die Grünen wollen die 50% ja ebenfalls und können gleich mit stimmen. Und die CSU hat die Ermäßigungen des Erlangen-Pass für unzureichend bewertet: Also, fassen sie sich ein Herz!
- 200.000€ für Betrieb und Miete von 4 Luftmessstationen, diese sind erforderlich, damit die von Autoabgasen betroffenen Bürger einen einklagbaren Anspruch auf Verkehrsbeschränkungen haben.
- 1 Mio für die Erhaltung des Denkmals Egloffsteinsches Palais (IP A6), das der Stadt gehört und verfällt. Es wurde gerade das Heft „Kultur Bildung Stadt“ verteilt. Ich zitiere aus dem Heft, Seite 23: *“In Erlangen ist das historische Stadtbild vor Allem durch kirchlich und kulturell genutzte Gebäude geprägt. Einige dieser Gebäude sind jedoch in einem dringend sanierungsbedürftigen Zustand, so das Egloffstein'sche Palais der Volkshochschule”*.

1 SPD

2 FDP

3 “Wenn Sie statt mit uns mit Linken und ÖDP regieren müssten ...”

4 CSU

- Geld für eine Dreifachhalle am Ohmgynasium statt für das Prestigeprojekt Sport-halle am Exerzierplatz .
- Ein höherer Zuschuss an das E-Werk zur Bezahlung der Lohnerhöhung im öffent-lichen Dienst, für die sich die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes stark gemacht haben
- 41.000. Zuschuss an die Gemeinde St. Peter und Paul für Beratung und Begleitung von Hartz 4 Empfängern. Wie kann man DAS ablehnen ? Ohne inhaltliche Begründung ?
- Echte Bürgerbeteiligung, daher: keine Stellen für die Landesgartenschau vor dem Bürgerentscheid⁵.

Unsere Gesamtbewertung: Sozial wäre mehr drin gewesen., wir werden den Haushalt ablehnen. Dem Stellenplan werden wir zustimmen, wenn keine Stellen zur Landesgartenschau drin sind⁶, denn wir wissen, wie hoch die Arbeitsbelastung in der Verwaltung ist.

Der Haushalt hat aber auch positive Ansätze: Investitionen in Kitas und die Finanzierung des Berufsschulcampus ohne die Beteiligung privater Investoren (sog. ÖPP)

Die Haushaltsdebatte ist immer auch Anlass, eine Bilanz des letzten Jahres im Stadtrat zu ziehen.

Die großen Punkte waren: Landesgartenschau, STUB und Nachverdichtung.

Bei der Landesgartenschau werden letztlich unhaltbare Versprechen gemacht, wie eine „ökologische Aufwertung des Regnitztals“, einer Fläche, die Landschaftsschutzgebiet ist, und mehrere geschützte Biotop enthält. Wir befürchten, wie die meisten UmweltschützerInnen, dass am Ende nicht mehr, sondern weniger Natur rauskommt. Aus diesen Gründen unterstützen wir das Bürgerbegehren gegen die LGS.

Das nächste Jahr wird von der Debatte um die Trasse der STUB geprägt sein. Die BürgerInnen haben sich für die Bahn entschieden, aber keineswegs für die Trasse „Kosbacher Damm“. Wir haben immer klar gemacht, dass wir das Projekt STUB nicht mehr unterstützen werden, wenn das die Trasse „Kosbacher Damm“ bedeutet, und wir wissen, dass viele UmweltschützerInnen das genauso sehen. Das können sie in der Mitgliederzeitschrift des Erlanger Bund Naturschutz nachlesen.

⁵ Dieser Antrag wurde auf Vorschlag des Oberbürgermeisters einstimmig angenommen

⁶ Die Stellen wurden – wie von uns beantrag – gesperrt, wir haben dem Stellenplan zugestimmt

Das vergangene Jahr stand im Zeichen einer forcierten Nachverdichtung, die zu starken Reaktionen in der Bürgerschaft führte.

Nach einem erfolgreichen Bürgerbegehren legte der Stadtrat die Bebauung des ehemaligen Reitplatzes an der Paul-Gordan-Straße zu den Akten, ein Schritt, der sicher nicht leicht gefallen ist, und für den auch wir weiterhin große Hochachtung haben.

Der Umfang der geplanten Nachverdichtung in der Housing Area, verbunden mit Mieterhöhungen bei Bestandsmietern erzürnte die dortige Mieterinitiative.

Der geplante Abriß der neuen ERBA-Siedlung für sehr dicht gebaute Gewobau-Wohnungen provozierte ein weiteres Bürgerbegehren, für das bereits die notwendigen Unterschriften gesammelt sind. Nun wird verhandelt.

Auch in Büchenbach wird von unverdächtiger Seite bereits deutliche Kritik an der geplanten Nachverdichtung geübt, nicht nur an der Gestaltung, sondern auch am Umfang.

Man könnte das natürlich auch positiv sehen: Schon lange haben sich die Bürger nicht so intensiv politisch beteiligt, das kann der OB und die Ampelkoalition sich als Erfolg verbuchen.

Woher kommen also diese starken Reaktionen, wo doch im Prinzip niemand gegen den Bau neuer Wohnungen ist? Handelt es sich nur um eigensüchtige Partikularinteressen, wie Kritikern im letzten Jahr zu oft um die Ohren gehauen wurde, oder zeigt sich hier eine Enttäuschung über die im Wahlkampf versprochene viel bessere Bürgerbeteiligung und die ganze Richtung der Stadtentwicklung? Wir meinen, Letzteres, und lassen Sie uns das begründen:

Bei der Paul-Gordan-Straße wurde der Verkaufsbeschluss vom Baureferat nichtöffentlich eingebracht, dies wurde erst auf unseren Antrag hin korrigiert.

In der Housing Area wurde den Mietern sehr klar gesagt, dass sie zwar über Gestaltung, aber nicht über die Anzahl der neu in der Siedlung zu bauenden Wohnungen entscheiden dürfen. Das sollte sogar für den extra eingerichteten „runden Tisch“ gelten, der sogar nur über Außenanlagen mitreden sollte. Ergebnis war, dass die Mieterinitiative bei einer Abstimmung eine weitere Planungsalternative mit weniger neuen Wohnungen einbrachten, für die sich die Mehrheit der Mieter aussprachen.

Beim geplanten Abriß der neuen ERBA-Siedlung musste erst ein Bürgerentscheid angestrengt werden, bevor nun – so hoffen wir – die Verwaltung bereit ist, soziale Alternativen zum Abriß mit der Bürgerinitiative zu diskutieren und ernsthaft in Erwägung zu ziehen.

An diesen Einzelprojekten wird aber auch die Streitfrage ausgetragen, ob Erlangen wachsen kann und soll oder gar muss. Oder ob wir im Gegenteil auf weitere Ansiedlung von Betrieben und Instituten verzichten sollten, zumindest, bis die Wohnungsnot beseitigt ist. u Die gefeierte Ansiedlung eines weiteren Max-Planck-Institutes bedeutet z.B. bis zu 300 Beschäftigte mehr, die auch irgendwo wohnen müssen. 300 Wohnungen, das entspricht einem Drittel des gesamten Nachverdichtungsprogrammes der GeWoBau.

Wenn die Technische Fakultät doch in Erlangen bleibt, dann gilt das, was OB Janik im Interview gesagt hat: Gewerbe, Universität und Wohnen konkurrieren um wenige freie Flächen.

Diese Frage nach den Grenzen des Wachstums will aber ein großer Teil des Stadtrates nicht diskutieren, jedenfalls nicht sachlich. Sätze wie „60.000 Einpendler sind 60.000 potentielle Wohnungssuchende“ tragen nicht zur Beruhigung bei, denn das würde bedeuten, Erlangen Einwohnerzahl bald zu verdoppeln, und da würden wir unsere Stadt nicht mehr wieder erkennen.

Wo klemmt es also mit der Bürgerbeteiligung ? Dazu erlaube ich mir, aus einem Artikel der SZ über die Arbeit der Bundesregierung⁷ zu zitieren: , der auch für Erlangen nützliche Hinweise enthält:

„Der Zweck einer Bürgerbeteiligung darf es eben nicht sein, Vorhaben nur irgendwie zu legitimieren oder Akzeptanz für umstrittene Projekte zu beschaffen. Denn wer Akzeptanz sucht, der hat die Pläne schon geschmiedet, der will sie nur möglichst reibungsfrei durchbringen. Es geht also um "konstruktive und frühzeitige Einflussnahme", eben jene Idee, die Union und SPD in den Koalitionsvertrag schrieben, aber doch nicht leben. Wollte die Koalition damit ernst machen, müsste sie einen Raum für Kompromisse gewähren; einen Raum, den die Regierungsgeschäfte selten lassen. Wenig lässt Widerstände so verlässlich entstehen wie das Gefühl, vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden.

Nur eins ist schlimmer: Wenn Bürgern zuvor auch noch vorgegaukelt wurde, sie hätten mitreden dürfen.“

Sie haben es in der Hand, dass die Bürgerbeteiligung erlebbar wird. Wenn Sie einen Raum für Kompromisse gewähren, und den BürgerInnen so tatsächlichen erlebbaren Einfluss einräumen.

7 SZ 6.1.17, S.24, <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/samstagsessay-unerhoert-1.3322616>